

## **CSP und Vivant betreiben destruktive Oppositionspolitik!**

Ohne sich die von Experten erstellte Analyse auch nur ein wenig näher angeschaut zu haben, stand die Ablehnung der CSP-Vivant-Opposition schon gleich nach dem Pressegespräch fest: kein Spareffekt, Repräsentationswahnsinn, Skandal, Umzug verschieben, weitere Alternativen prüfen ...

Im Gegensatz dazu hat der Ecolo-Vertreter mitgeteilt, seine Fraktion werde erst über die dargelegten Bedingungen beraten.

Die Mehrheitsfraktionen SP-PFF-ProDG werden die von den Experten gründlich untersuchten 3 Alternativen ebenso gründlich analysieren, damit am 8.3. (Präsidium) sowie am 15.3. (Plenarsitzung) eine Entscheidung unter Berücksichtigung ALLER Faktoren, insbesondere der Kostenfrage und der juristischen Aspekte getroffen werden kann.

Eines ist jetzt schon klar: das Raumprogramm wurde deutlich vermindert und die Kostenreduzierung ist eindeutig:

1. Das Raumprogramm wurde um ca. EIN VIERTEL zurückgefahren (von ca. 4.700 m<sup>2</sup> Nutzfläche auf ca. 3.200-3.700m<sup>2</sup> je nach Variante): Verkleinerung des Plenarsaales, Streichung der beiden polyvalent nutzbaren Säle, Streichung des BRF-Studios, keine Hausmeisterwohnung, Verkleinerung des Foyers. Keine multifunktionelle Nutzung, Beschränkung auf die rein parlamentarische Nutzung.
2. Bei der Variante 2 (Kein Abriss, Unterbringung im Altbau) beträgt die Kostenreduzierung deutlich mehr als EIN VIERTEL: anstatt 22,4 (Vorprojekt) jetzt 16,1 Mio. Bei diesen Zahlen sind wohlgerne alle Kosten einbegriffen – (d.h. inkl. MWS, Ausstattung und Einrichtung, Parkplätze, Erschließung der Außenanlagen, Haustechnik, Schadstoffentsorgung, Verstärkung der Böden und Decken, Planungskosten ...). Die Auswirkungen dieser Variante auf die beauftragten Planungsleistungen müssen natürlich noch genau juristisch untersucht werden.
3. Nach wie vor liegt den Planungen ein angemessener Standard zugrunde und keineswegs Luxus! Von Palästen und Repräsentationswahn zu sprechen ist Diffamierung! Man kann das erforderliche Raumprogramm nicht zu egal welchem Preis bauen. Sind denn sämtliche Experten, die das Projekt bisher geplant haben, unfähig?

Zum geplanten Umzug gibt es KEINE SERIÖSEN ALTERNATIVEN:

1. Das Parlament hat am Kaperberg zu wenig Platz, darüber sind sich wohl mittlerweile (fast) alle einig. Mehrere Mitarbeiter sind in den niedrigen Dachgeschossräumen oder im Flur untergebracht. Die Druckerei muss wesentlich mehr leisten als zu Zeiten des Kulturrates und platzt aus allen Nähten. Zu archivierende Dokumente mussten in teils feuchten Kellern untergebracht bzw. ausgelagert werden. Die Versammlungsräume sind nicht funktionell und mit veralteter Technik ausgestattet. Gäste und Besucher können nur im Flur oder im Plenarsaal empfangen werden. Das Gebäude ist nur teils behindertengerecht und die Zulieferung von Waren ist äußerst umständlich. Auch Vivant hatte sich über ihr unangemessenes Fraktionsbüro beklagt, was dann aber offensichtlich nicht mehr in ihre Strategie passte.
2. Die PDS hat jahrelang nach Ausdehnungsmöglichkeiten gesucht, ohne Erfolg! Vivant und CSP behaupten trotzdem weiterhin, auch nach der eindeutigen Aussage der PDS-Vertreter in der gemeinsamen Arbeitssitzung von Parlament, Regierung, PDS, Staatsarchiv und Stadt Eupen,

ein Platz für den Ausbau auf dem Schulgelände könne noch gefunden werden! Die PDS hat infolge des beschlossenen Umzugs inzwischen Pläne für ein neues Gebäude erstellen lassen. Sie wartet seit Jahren auf eine angemessene Infrastruktur, die nicht mehr gefährdet werden darf. Das Infrastruktur-Karussell ermöglicht der PDS, einen Neubau auf dem jetzigen Parkplatz zu bauen. Zudem kann sie ihre ehemaligen Räumlichkeiten und ihre Kapelle in ihrer Schule, die zurzeit durch das Staatsarchiv belegt sind, zurückerhalten. Im Fraktionsgebäude können wieder Klassen eingerichtet werden.

3. Der Königliche Generalarchivar hat mitgeteilt, dass er fest mit dem Umzug des Staatsarchivs ins PDG-Gebäude rechnet. Die Gebäuderegie hat die Tragfähigkeit der Böden im PDG geprüft. Wer jetzt – wie die CSP – mit Alternativvorschlägen kommt wie z. B. der Unterbringung im fensterlosen ATC-Eupen Plaza oder im ZAWM, das die statischen Voraussetzungen nicht erfüllt und die Stadt Eupen, die die Polizeizone dort definitiv unterbringen möchte, muss sich den Vorwurf der Verzögerungstaktik gefallen lassen. Sie gefährdet damit womöglich sogar die Absicherung des Staatsarchivs in Eupen oder zumindest deren Umzug. Wenn die CSP behauptet, diese Alternative sei kostengünstiger, verkennt sie bewusst die Tatsache, dass die Mietzahlungen des Staatsarchivs bei einem Umzug ins PDG-Gebäude in die Kasse der DG fließen.
4. Am Kaperberg gibt es kein Platz für PDG und Schule und Staatsarchiv, vor allem, wenn man berücksichtigt, dass das Staatsarchiv aus allen Nähten platzt und die Schule zusätzliche Klassen, einen Speisesaal, eine Mediothek, Verwaltungsräume, eine Aula und einen vernünftigen Schulhof braucht. Der mögliche Ausbau am Kaperberg ist bereits vor Jahren geprüft worden. Daraufhin hat der damalige Rat EINSTIMMIG, also mit den Stimmen der CSP, den Umzug zum Sanatorium beschlossen. Wie erklärt die CSP ihre Wendehalspolitik? Denn diese hat vor den Wahlen und vor der Finanzkrise stattgefunden. Seriöse Alternativen sind ihrerseits nie auf den Tisch gelangt. Lediglich oberflächliche Parolen! Dadurch wird die Bevölkerung bewusst getäuscht!
5. Immer wieder werden bei der Nennung von Zahlen Äpfel mit Birnen verglichen! Die zu Beginn des Projektes zitierten 11,5 Mio € stammen aus der Schätzung des Projektmanagers vom 28.5.2008, die die Grundlage des Architektenwettbewerbs bildete: Dabei handelt es sich um die Baukosten und die Baunebenkosten (OHNE Mehrwertsteuer, ohne Parkplatz, ohne Ausstattung und Ausrüstung). Die jetzt für die drei Varianten genannten Zahlen umfassen hingegen ALLE Kosten. Ein Vergleich mit der Schätzung aus 2008 ist also nur korrekt, wenn man für die nun vorgestellten Varianten nur die Baukosten und die Baunebenkosten berücksichtigt. Und was stellt man dabei fest? Die Kosten liegen zwischen 11,2 Mio € (Variante 2) und 14 Mio € (Variante 3A) und damit sehr wohl im Bereich der damaligen Schätzung.

Es wird höchste Zeit, dass die CSP-Vivant-Opposition endlich sachliche und fundierte Argumente liefert. Es wird höchste Zeit, dass sie ihre destruktive Oppositionspolitik ad acta legt. Alles andere ist unredlich und pure Demagogie.

Für die SP – Charles Servaty

Für die PFF – Emil Dannemark

Für ProDG – Gerhard Palm